eine sekundäre Rolle zuzuweisen. Schon sehr bald nach dem Ausbruch der Tumulte erhoben die kommunistischen und dann auch die sozialistischen Zeitungen die öffentliche Anschuldigung, daß die eigentlichen Antreiber faszistische Elemente gewesen seien, die die Erwerbslosen zur Verwirklichung ihrer eigenen Ziele benutzt resp. mißbraucht hätten. Es bleibt jedenfalls die Tatsache bestehen, daß während der Unruhen hier in Dresden Leute gewesen sind, die eine sehr merkwürdige, keineswegs völlig klare Rolle gespielt haben. Leute, deren Namen schon bei früheren faszistischen Putschen, z. B. bei der Ermordung Liebknechts, genannt worden sind. Ob sie tatsächlich in die Organisation der Dresdner Vorkommnisse eingegriffen haben, ist nicht genau erwiesen; wenn auch mancherlei Einzelheiten dafür sprechen. So haben sich zwei sehr bekannte Persönlichkeiten, die ehemaligen Leutnants Kruß und Killinger, bei Dresdner Behörden Zutritt verschafft, unter der Angabe, sie seien vom Reichskommissar für die öffentliche Sicherheit beauftragt, sich über die Zustände in Dresden zu orientieren und nach Berlin Bericht zu erstatten. Die Herren zeigten auf ihrer Legitimation lediglich Blütenkaxter vor, sie vermochten aber nicht einen schriftlichen Auftrag des Reichskommissars vorzuzeigen. Sie haben wiederholt nach Berlin telephoniert und sind dann plötzlich verschwunden, als man sich mit dem Gedanken beschäftigte, sie zu einer genaueren Befragung und Prüfung ihrer Tätigkeit zu führen. In einer Verhaftung gleich von vornherein lagen keine gewichtigen Unterlagen vor. Jedenfalls herrschte zurzeit der Tumulte in linksgerichteten politischen Kreisen die Ueberzeugung, daß unter dem Deckmantel des Reichskommissars für die öffentliche Sicherheit nicht nur von diesen beiden Herren, sondern auch noch von anderen Leuten faszistische Pläne verfolgt worden sind.

Alle diese Dinge waren auch für den Dresdener Polizeipräsidenten Menke, dessen Verhalten keineswegs in allen Punkten gebilligt werden kann, mitbestimmend für die von ihm ausgehenden Maßnahmen. Man hat ihm vorgeworfen, daß er namentlich im Anfang der Demonstrationen viel zu nachsichtig gewesen sei, und darum gewissermaßen die Verantwortung dafür zu tragen habe, daß die Bewegung einen so großen Umfang angenommen hatte. Angesichts der erwähnten Tatsache mag es aber verständlich erscheinen, daß Menke im Einverständnis mit der sächsischen Regierung vor allem bestrebt war, die Arbeiterschaft so wenig wie nur irgend möglich zu reizen und auch Polizei und Arbeiterschaft nicht zu verfeinden. Denn er konnte so nicht wissen, welchen Umfang die vermeintlichen faszistischen Quertreibereien annehmen würden, sintemalen sich inzwischen noch andere viel schwerer wiegende Erscheinungen gezeigt hatten, die es unter Umständen sogar notwendig machen mußten, die gesamte Arbeiterschaft zum Schutze der Republik aufzurufen.

Anlaß dazu hat das Verhalten der Reichswehr. Es steht fest, daß gerade in der Zeit, als die Lage am kritischsten war, eine Dresdener Kaserne von den Reichswehrtruppen geräumt wurde, und zwar unter der Angabe, daß sich die Truppen auf einen Uebungsmarsch zu begeben hätten. Gleichzeitig nahm aber auf dem vor den Toren Dresdens liegenden Truppenübungsplatz Königsbrück eine hannoversche und eine bayerische Abteilung Reichswehrtruppen Quartier. Es bestand also die Möglichkeit, daß bei einem etwaigen Umsichgreifen des Aufruhrs außersächsische Reichswehrtruppen an Stelle der sächsischen unter Umständen auch gegen den Willen der sächsischen Regierung in die Dresdener Kaserne einzogen. Von diesen Truppenbewegungen, mögen sie beabsichtigt oder nur zufällig gewesen sein, war die sächsische Regierung offiziell nicht verständigt worden. Und für sie war deshalb die Notwendigkeit gegeben, auch in dieser Richtung auf ihrer Hut zu sein. Dazu kam, daß aus Anlaß der plötzlichen Ankunft des Reichswehrministers Geßler in einer anderen Dresdener Kaserne eine schwarz-weiß-rote Fahne gehißt wurde. Es soll dies allerdings eine Art Dienstflagge gewesen sein, aber trotzdem rief die Fahne gerade in diesem kritischen Augenblick die lebhafteste Beunruhigung hervor. Sie wurde dann auch auf Veranlassung des Polizeipräsidenten endlich wieder eingezogen. Auch der Durchmarsch außersächsischer Reichswehrtruppen durch Dresden, die, wie es hieß, einen Ausflug nach der sächsischen Schweiz unternommen hatten, mußte Anlaß zu Argwohn geben. Die Truppen sangen Lieder, durch die sich die erregten Arbeitermassen provoziert fühlten, und die (auf einer Bergaussichtsstelle befindlichen) Reichswehrtruppen stellten später am Neustädter Bahnhof Posten mit gezogenem Revolver auf, die die Zivilpassanten, die in den Bahnhof wollten, nach ihren Fahrkarten revidierten. Seit wann sind derartige Dinge üblich?

Im engsten Zusammenhang mit diesen Ereignissen steht natürlich eine Unterredung, die der Reichswehrminister Geßler mit dem Ministerpräsidenten Dr. Heldmann und dem ultralinks gerichteten Innenminister Liebmann gepflogen hatte. Es soll dabei nicht gerade sehr erfreulich hergegangen sein, und der Reichswehrminister soll sehr energisch seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben haben, daß die sächsische Regierung eine unverantwortliche Duldsamkeit den Demonstranten gegenüber an den Tag gelegt habe, und daß dieses Verhalten vielleicht viel weitergehende Folgen haben könne, als man in Sachsen annähme. Die sächsische Regierung soll ihrerseits auf das Verhalten der Reichswehrtruppen hingewiesen haben.

Lord Robert Cecil bei Millerand.

Paris, 8. Juni. Präsident Millerand hat gestern Vormittag den englischen Minister Robert Cecil empfangen. Außerdem hat er nach dieser Besprechung den Ministerpräsidenten Poincaré zu sich rufen lassen. Es ist wohl sicher anzunehmen, daß es sich um den französischen-englischen Meinungsaustausch in bezug auf das deutsche Memorandum gehandelt hat.

Ein Plan Mac Rennas?

London, 8. Juni. Der politische Berichterstatter der Pall-Mall-Gazette will erfahren haben, Mac Renna habe einen Plan vorbereitet, um die zusammenhängenden Probleme der deutschen Reparationen und der interalliierten Schulden zu verhandeln. Die Angehörigkeit Mac Rennas zum Kabinett würde bedeutsam werden, falls sich Umstände ergeben, die die Regierung zwängen, nach diesem Plane vorzugehen, der eine unabhängige Aktion Großbritanniens zum Schutze der Interessen der Alliierten vorsehe, jedoch in keiner Weise gegen Frankreich gerichtet sein würde. Von der Haltung Frankreichs gegenüber der deutschen Note hänge die Frage ab, ob Mac Renna sofort der Regierung beitreten werde oder nicht. Dem Berichterstatter zufolge werde es in Londoner zuverlässigen Kreisen für sicher gehalten, daß Frankreich das deutsche Memorandum für unannehmbar erklären werde. Auf ein solches Mißlingen würde aller Wahrscheinlichkeit nach bald eine freimütige Erklärung der britischen Politik über die gesamte Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden folgen. Der Berichterstatter teilt mit, die Einzelheiten des Planes Mac Rennas seien auf mehr als einer privaten Konferenz zwischen Baldwin, Curzon und Mac Renna erörtert worden.

Teuerungsinterpellations-Besprechung

Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. Juni.

In der Besprechung der sozialdemokratischen

Teuerungsinterpellation

nimmt als erster Redner das Wort

Abg. Schlack (Zentr.): Aus den gestrigen Erklärungen ergibt sich, daß die Reichsregierung nicht tatenlos der Notlage unseres Volkes zusehen will, die durch das Versailler Friedensdiktat verschuldet ist. Es ist nicht tragbar, daß einzelne Kreise der Wirtschaft aus dieser Notlage noch Vorteile ziehen. Staat und Wirtschaft müssen darüber klar sein, daß ein Hungern der Massen den Anfang vom Ende des Vaterlandes bedeutet. Um das zu verhindern, muß die Wirtschaft unter allen Umständen von ihrer Substanz etwas opfern. Alle Kreise des Volkes müssen an der notwendigen Steigerung unserer Produktion mitwirken. In dieser Zeit der schwersten Not müßte der Staatsbürger das Letzte dem Staate geben. Die Verschwendungssucht, die wir noch immer beobachten können, müsse durch steuerliche Maßnahmen eingedämmt werden. Dem Wucher muß schärfer als bisher zu Leibe gegangen werden. Die Gesetzgebung müsse darin ihre Ergänzung finden, daß die Wucherer auch gesellschaftlich boykottiert werden. Gewaltsame sind undurchführbar. Unser Elend wird erst aufhören, wenn Deutschland und der Welt der wahre Frieden gegeben ist. Wenn die Sozialdemokratie in dieser schweren Zeit ihr Parteiinteresse zurückstellen und in die Regierung eintreten würde, dann wäre damit die Lösung der schweren Frage erleichtert. Lehnt die Sozialdemokratie das ab, dann hat sie das Recht zur Kritik verwirkt.

Abg. Findeisen (D. Vp.): Bei den Hilfsaktionen der Regierung wird leider zu wenig an den gewerblichen Mittelstand und die Kleinrentner gedacht, die ihre furchtbare Not nicht auf der Straße zur Schau tragen. Das gilt auch für den viel verleumdeten Kleinhandel. Von einer Wiedereinführung der Zwangswirtschaft kann keine Hilfe kommen. Wenn überall die freie Wirtschaft durchgeführt ist, dann werden auch die Parasiten verschwinden. Die Behauptung, die Deutsche Volkspartei sei von Stinnes abhängig, ist unsinnig, aber sie wird von denselben Sozialdemokraten verbreitet, denen man früher zu Unrecht nachsagte, sie seien von Singer abhängig. Wir wollen als wahre Volkspartei dem neuen Proletariat helfen, das unter der Markentwertung am meisten leidet.

Abg. Dr. Wienbeck (Dnat. Vp.): In der Begründung seiner Interpellation hat Abg. Aufhäuser leeres Stroh gedroschen, denn er hat das Ergebnis der sorgfältigen Prüfung des Markstützungsausschusses vorweggenommen und längst widerlegte Behauptungen vorgebracht. Das Steuerkompromißgesetz, dessen Mißerfolg der Minister jetzt bestätigt hat, ist von meinen Freunden gleich bekämpft worden. Wir müssen heute Schutz der Arbeit vor dem Staate verlangen. Bei Verordnungen, die den Kleinhandel oder das Handwerk berühren, muß die notwendige Verständigung mit diesen Kreisen gesucht werden. Wir protestieren gegen Aufhäusers Behauptung, daß nicht nur die Franzosen, sondern auch die deutschen Kapitalisten an unserem Elend schuld seien. Das ist eine indirekte Sabotage unseres Ruhrabwehrkampfes. (Unruhe. Abg. Sollmann, Soz.: Das ist eine Frechheit! Wo waren Sie denn an der Ruhr?) Aufhäusers Behauptung wirkt aber als Sabotage. (Vizepräsident Dr. Bell ersucht, die Zwiegespräche einzustellen.) Das deutsche Volk muß sich zusammenfinden zu einem Generalangriff gegen den Schandvertrag von Versailles.

Abg. Dr. Dernburg (Dem.): Unser Volk ist in dieser Stunde dem tiefsten Elend preisgegeben durch den Druck seiner Feinde. In dieser Stunde sollten wir uns nicht parteipolitisch zanken. (Beifall.) Der Feind steht im wesentlichen nicht im Innern, sondern außen. Die Erklärungen des Arbeitsministers werden von uns gebilligt. Wir wünschen die schnelle Durchführung der angekündigten Maßnahmen und erwarten dafür auch das Verständnis der Arbeitgeber. Wir wünschen eine Vereinfachung und richtige Erhebung der Steuern. Jetzt werden von manchen industriellen Unternehmungen 33⅓ v. H. des Personals allein mit der Steuerbearbeitung beschäftigt. Wie soll da die Produktion gesteigert werden? Die Vorschläge des Finanzministers belasten den Mittelstand zu stark. Es ist nicht wahr, daß der Arbeiter am meisten unter der Geldentwertung leidet. Die meisten Arbeiter haben jetzt 40 bis 50 v. H. des Friedenslohnes, während der gewerbliche Mittelstand bei weitem nicht in diesem Maße die Geldentwertung ausgleichen konnte. (Beifall rechts und bei den Demokraten.) Die vom Abg. Aufhäuser für den Zusammenbruch der Markstützungsaktion angegebenen Gründe und seine Anklagen gegen die deutsche Wirtschaft werden durch die Ermittelungen des Untersuchungsausschusses widerlegt. Solange die Notenpresse nicht stillsteht, kann die Teuerung nicht aufhören. Auch die Interpellanten dürfen nicht die falsche Behauptung verbreiten: Es gibt in Deutschland Leute, die in Samt und Seide gehen und die dem Volke das Essen nehmen. Solange wir unter dem Druck der Entente unsere Einfuhr und Ausfuhr nicht in Einklang bringen können, werden wir nicht zu gesunden Verhältnissen kommen. Die Schuld tragen nicht deutsche Wirtschaftskreise, die Schuld trägt der Friedensvertrag von Versailles.

Abg. Emminger (Bayr. Vp.): Unter den ungeheuren Preissteigerungen leiden in erster Linie die Lohn- und Gehaltsempfänger, ganz besonders aber die deutsche Hausfrau. (Sehr richtig!) Die sozialdemokratische Interpellation ist berechtigt. In der Begründung fehlte jeder positive Vorschlag. Ein ganz untaugliches Rezept wären künstliche Preisherabsetzungen, Revolten oder Putsche. Der Schluß der Rede des Abg. Aufhäuser klang wie eine Einladung an die Straße. (Widerspruch bei den Soz.) Wir erleben jetzt schon in Sachsen Unruhen, die nicht nur auf die allgemeine Notlage, sondern auch auf die gewissenlose Hetze zurückzuführen sind und an denen auch die sächsische Regierung ein gerüttelt Maß von Schuld trägt. (Unruhe bei den Soz.) Im vorigen Jahre hat der sozialistische Wirtschaftsminister den Versuch seiner Markstützungsaktion auch nicht erfolgreich durchführen können. Die Wirkungen des Versailler Friedensdiktats kann keine deutsche Regierung aus der Welt schaffen. Helfen kann uns nur der Grundsatz: Mehr arbeiten und weniger verzehren.

Abg. Stöcker (Komm.): Die Erklärungen vom Regierungstisch lassen erkennen, daß diese Regierung keine Ahnung hat von der furchtbaren Not und Erbitterung, die im deutschen Volke herrscht. Die jetzige Notlage ist nicht die ausschließliche Folge des Versailler Vertrages, denn neben der ungeheuren Verarmung des Volkes und des Staates sehen wir eine ganz ungeheuerliche Besitz- und Machtanhäufung in den großkapitalistischen Unternehmungen, in Großhandel und Landwirtschaft. Die Markentwertung und die Markstützungsaktion sind zu glänzenden Geschäften für die Großindustrie geworden. Wir fordern die sozialistische Wirtschaft, die Verstaatlichung der Großindustrie.

Um 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Sonnabend 1 Uhr vertagt. Außerdem keinerlei Vorlagen.

Der Münchener Hochverratsprozeß.

München, 8. Juni. In der heutigen Vormittagssitzung des Hochverratsprozesses Fuchs wies Major Mayr die vom Grafen Pestalozza gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen zurück. In einer Zuschrift an das Volksgericht gibt der Bund Oberland die Erklärung ab, daß er von Fuchs keine Geldzusendungen erhalten habe. Hofrat Pixis charakterisiert den Machbaus als einen phantastischen pathologischen Menschen, Dr. Hanfe den Angeklagten Fuchs als eine phantastisch veranlagte idealistische Künstlerpersönlichkeit, die mit den Realitäten des Lebens nicht zu rechnen wisse.

Der sächsisch-bayerische Zwiespalt.

Berlin, 8. Juni. Die Bayrische Volkspartei hat im bayrischen Landtag eine Anfrage zu dem Vorgehen der sächsischen Regierung gegen die bayrischen Volksgerichte eingebracht, worin dieses gekennzeichnet wird als widersprechend den Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, als Verneinung der deutschen Reichseinheit und unerhörten Angriffs eines der Bundesländer in die bayrische Rechtsfrage. Es wird gefragt, ob die Pressenachricht zutrifft und welche Maßnahmen die Staatsregierung dagegen zu ergreifen gedenke.

Nach der Bayr. Volksparteilichen Korrespondenz will Bayern wegen dieses Vorfalls sogar seinen Gesandten in Dresden abberufen.

Der 1. Mai nicht mehr gesetzlicher Feiertag.

Berlin, 8. Juni. Der Rechtsausschuß des Reichstages beriet heute die Frage der Feiertage weiter. Zur Diskussion stand § 4, der die Festsetzung politischer Feiertage für Deutschland grundsätzlich durch Reichsgesetz regeln soll. Eine Ausnahme war für den 1. Mai zugelassen, und die Sozialdemokraten wünschten, daß auch für den 9. November den Ländern freie Hand gelassen werde. In der Abstimmung wurde jedoch sowohl dieser Antrag als auch der Absatz des Paragraphen betreffend den 1. Mai abgelehnt. Damit wird also, sobald das Reichsgesetz über die Feiertage verabschiedet ist, den Ländern nicht mehr das Recht zustehen, den 1. Mai oder den 9. November zum Feiertage zu erheben.

Die Erwerbslosenfürsorge.

Berlin, 8. Juni. Der Reichsrat hat dem Entwurf einer Verordnung über den Höchstsatz in der Erwerbslosenfürsorge zugestimmt. Die Sätze werden mit Rücksicht auf die Geldentwertung erhöht und sollen sofort ausgezahlt werden.

Die Höhe des Zuschlages auf die bisherigen Sätze ist aus dieser Meldung nicht ersichtlich. Zuletzt war von 30 Prozent die Rede.

Das Ende der Brotkarte.

Berlin, 8. Juni. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beriet heute über die allgemeine Brotversorgung und nahm den § 1 der Vorlage in der Form an, daß zur Sicherstellung der Versorgung im kommenden Wirtschaftsjahr nur 1 Million Tonnen Brotgetreide zu erwerben sei. (Die Vorlage hatte 3½ Millionen Tonnen vorgesehen.) Weiter wurde beschlossen, daß die öffentliche Brotversorgung mit dem 15. September d. J. fortfallen soll, daß aber die Regierung mit Zustimmung des Reichsrats sie ganz oder teilweise einen Monat länger fortsetzen darf. Die Auflösung der Verwaltungsabteilung der Reichsgetreidestelle soll nach einem weiteren Beschluß spätestens mit Ende dieses Jahres erfolgen.

Der Index der ersten Juni-Woche.

Berlin, 8. Juni. In der ersten Juni-Woche hat sich eine abermalige Verteuerung der Haushaltungskosten vollzogen. In der abgelaufenen Woche vom 2.—8. Juni verteuerten sich nach den Berechnungen der Industrie- und Handelszeitung die Lebenshaltung einer vierköpfigen Arbeiterfamilie um 19 Proz. gegenüber der Vorwoche von dem 4992fachen auf das 5893fache der letzten Vorkriegswoche.

Freistaat Sachsen.

Ein Zwanzigmarkstück — 300 000 Papiermark.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch Reichsbank und Post erfolgt ab Montag bis auf Weiteres zum Preise von 300 000 Mark für ein 20-Markstück und von 150 000 Mark für ein 10-Markstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Der Ankauf von Reichssilbermünzen für das Reich durch Reichsbank und Post erfolgt bis auf Weiteres zum 6000fachen Betrage des Nennwertes.

Aus dem Lande.

— **Chemnitz.** Eine amerikanische Millionenstiftung. Der in Nordamerika wohnende Hugo Hüttig, ein Chemnitzer Kind, hat 5 Millionen Mark nach Chemnitz geschickt zur Verteilung an den Kleinrentnerverein, die Kinderferienkolonien und für allgemeine Unterstützungszwecke.

— **Elbau.** Streik von Gemeindevertretern. In der letzten Gemeinderatssitzung teilte Gemeindevorstand Schmiedel mit, daß die sämtlichen Gemeindevertreter der Linken kurz vor Beginn der Sitzung schriftlich ihre Ämter niedergelegt hätten, wodurch der Gemeinderat mangels der erforderlichen Zweidrittelmehrheit arbeits- und beschlußunfähig geworden ist. Die Krisis hängt mit der Wiederwahl des Gemeindevorstandes Schmiedel zusammen.

— **Freiberg.** Kopenhagener Kinderfreunde. Zur Förderung des Wandersportes sowie zur Pflege der vaterländischen Gesinnung und des christlich-nationalen Empfindens unter der heranwachsenden Jugend erhielt Bürgerschullehrer Beyer von denselben dänischen Kinderfreunden, die ihm schon im März dieses Jahres zu dem gleichen Zwecke die Summe von 304 000 Mark für die von ihm auf Wanderungen geführten Mädchen spendeten, in diesen Tagen wiederum den Betrag von 186 000 Mark gestiftet. Für die gleichen Bestrebungen schenkte ein nicht genannt sein wollender sächsischer Jugendfreund demselben Lehrer 100000 Mark. Dank dieser opferfreudigen Nächstenliebe sind für eine größere Anzahl Mädchen aus würdigen und bedürftigen Arbeiter- und Mittelstandskreisen im Laufe dieses Sommers eine Anzahl Wanderfahrten nach den verschiedensten Gegenden unseres Sachsenlandes ermöglicht worden.

— **Frohburg.** Pferdediebstahl. Hier wurden zwei Pferdediebe festgenommen, die bei einem Pferdeschlächter zwei kostbare Pferde anboten und dabei den Wunsch äußerten, das eine müsse sofort geschlachtet werden. Als Preis forderten sie 5 Millionen Mark, während der wirkliche Wert sich auf 50 bis 60 Millionen Mark beläuft. Der Pferdeschlächter schöpfte Verdacht, rief die Polizei herbei, und die nahm die Diebe fest. Sie hatten die Tiere in Altenbach bei Wurzen gestohlen.

Wettervorhersage.

Vorwiegend starke Bewölkung, doch, zeitweise kurz aufklarend, Möglichkeit zu geringen Niederschlägen. Keine wesentliche Temperaturänderung.